

Presseinformation

„Wir brauchen eine bessere Anerkennungskultur für Freiwillige“

Freiwilliges Soziales Jahr feiert 50-jähriges Jubiläum/Zusammenspiel zwischen Bundesfreiwilligendienst und FSJ muss besser werden

Münster (cpm). Sie leisten seit 1964 großartige Arbeit: Freiwillige, die in verschiedenen Einrichtungen ein Soziales Jahr absolvieren. Aus einer kirchlichen Idee in der Nachkriegszeit erwachsen, ist das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) heute nicht mehr wegzudenken. Dennoch gibt es im 50. Jahr des Dienstes noch einiges zu tun. „Wir brauchen eine bessere Anerkennungskultur für Freiwillige“, fordert Angelika Frank, Geschäftsführerin der Freiwillige Soziale Dienste Bistum Münster (FSD) gGmbH, die jedes Jahr fast 1.000 FSJler und Bundesfreiwillige in Einrichtungen der Caritas in der Diözese Münster vermittelt und pädagogisch begleitet. Ein NRW-Ticket für Bus und Bahn, ein bundeseinheitlicher Ausweis für alle Freiwilligen oder die Befreiung von Rundfunkbeiträgen seien dabei nur Beispiele, sagte Frank anlässlich des Jubiläumsempfangs im Düsseldorfer Landtag am Dienstag.

Mit dem „Gesetz zur Förderung eines freiwilligen sozialen Jahres“ legte der Bundestag die Grundlage für Hunderttausende, die seitdem nach der Schule für ein Jahr in viele soziale Berufe hineinschauten. „Junge Menschen können hier ihre Persönlichkeit entwickeln und sich beruflich orientieren“, unterstreicht Heinz-Josef Kessmann, Direktor des Diözesancaritasverbandes Münster, die große Bedeutung einer solchen Erfahrung für den Einzelnen.

Probleme bereitet weiterhin das Zusammenspiel zwischen dem seit 2011 existierenden Bundesfreiwilligendienst (BFD) und dem FSJ. Inhaltlich und auch praktisch bestünden keine Unterschiede. „Trotzdem ist der BFD bei der Förderung vom Staat besser gestellt“, beklagt Angelika Frank ein Ungleichgewicht. Zudem Sorge das Nebeneinander für enormen Verwaltungsaufwand.

Deshalb fordert die Freie Wohlfahrtspflege NRW gemeinsam mit dem Landesarbeitskreis FSJ/BFD in NRW und dem Landesjugendring neben dem Abbau von Bürokratie und einheitlichen Qualitätsstandards eine Gleichstellung von BFD und FSJ. „Die Bildungsarbeit muss ganz in die erfahrenen Hände unserer freien Träger“, bekräftigt Angelika Frank die Forderungen. Bislang müssen die Bundesfreiwilligen für eine Woche in die früheren Zivildienstschulen zur politischen Bildung. Viel wichtiger sei es für sie, dass sie wie die FSJler alle fünf Seminarwochen im Jahr für die Begleitung der Freiwilligen und Förderung von Sozialkompetenzen nutzen könnten.

070-2014 (jks)

9. September 2014

